

Großbritannien

623081

Dem kranken Nachbarn helfen

Englands Probleme können morgen auch unsere sein / Von Josef Joffe

„Ist England noch zu retten?“ Dies war ganz unverblümt die Frage, die am letzten Wochenende die Tagung des Berliner Aspen-Instituts über die „Zukunft Großbritanniens“ beherrschte. Es war auch gewiß kein Zufall, daß sich unter den Teilnehmern — Professoren und Politikern, Journalisten und Beamten aus Westeuropa und Amerika — gleich drei Bankiers befanden.

Denn vordergründig ging es schlicht um Geld. Seit Anfang dieses Jahres zehrt die galoppierende Schwindsucht am Wert der englischen Währung. Im Juni konnte die 5,3-Milliarden-Dollar-Transfusion eines westlichen Hilfskonsortiums den Verfall nur kurz bremsen; schon im Oktober begann das Pfund wieder ins Bodenlose abzurutschen. Die Stunde der Wahrheit aber schlägt am 9. Dezember; Dann müssen die Not-Milliarden entweder zurückgezahlt oder langfristig umgeschuldet werden.

Der Welt-Währungsfonds hält zwar ein langfristiges Darlehen in der einen, aber zugleich unerbittliche Bedingungen in der anderen Hand: Die Gläubiger wollen die Briten zur Disziplin zwingen, um nicht in immer kürzeren Abständen zur Kasse gebeten zu werden. Die angeschlagene Callaghan-Regierung sieht in dem Austerity-Diktat den Auftakt zum politischen Selbstmord.

Es war freilich nicht Zweck der Konferenz, den Diplomaten die Arbeit abzunehmen. Eher ging es um die Diagnosen als um Details, mehr um übernationale Rezepte als um nationale Rechtfertigung. Unter der ebenso feinfühligem wie energischen Leitung von Ralf Dahrendorf, dem deutschen Direktor der „London School of Economics“, schüttelte die Gruppe engstirniges Expertendenken ebenso rasch ab wie manche abgegriffene Klischees. Die „englische Krankheit“ ist ernst, aber England ist bei weitem nicht der kranke Mann Europas. In Irland sind die Arbeitslosen- und Inflationsziffern höher; Italien steckt in der gleichen Misere; Portugal balanciert am Rande des Ruins; und selbst das Musterländle Dänemark kämpft mit zweistelligen Inflationsraten. Wo so viele Patienten rote Flecken im Gesicht haben, sollte man eher nach den Ursachen der Masernepidemie forschen als diesen oder jenen in die Quarantäne abzuschieben.

Außerdem, so ein Mitglied des Oberhauses, gäbe es gar keinen Zweifel, daß Englands Institutionen auch unter „Seuchenbedingungen“ ihren demokratischen Charakter bewahren würden. Ihr Nationalstolz hielt die englischen Berlin-

Besucher jedoch nicht von schonungsloser Selbstkritik ab. Mehr noch: So wie die Deutschen früher alles Englische bewunderten, ja sogar nachzumahnen versuchten, so glauben die Briten heute im „Modell Deutschland“ ein geheimes Patentrezept zu finden. Manche verstiegen sich sogar dazu, den Deutschen die europäische Führungsrolle nicht nur anzubieten, sondern geradezu aufzudrängen.

Ob aus falscher Bescheidenheit, politischer Reife oder der Scheu des gebrannten Kindes — die deutschen Teilnehmer winkten einhellig ab: „Selbst wenn wir eine Patentlösung hätten, wir können und wollen euch nicht zu eurem Glück zwingen. Die öffentliche Meinung in England kann ohnehin schon nicht mehr hören, wie großartig Deutschland ist.“

Wie sich wenig später zeigen sollte, war dieser Reflex nur allzu richtig. Als ein hoher Bonner Ministerialbeamter die Grenzen der deutschen Hilfsbereitschaft umriß, kamen alte Ressentiments sofort an die Oberfläche. Ein Brite im privaten Gespräch: „Ihr versucht wohl jetzt mit eurem D-Mark nachzuholen, was ihr in Stalin-grad nicht geschafft habt.“

Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Die Bundesregierung hat am Beispiel des Italien-Darlehens vor zwei Jahren die bittere Erfahrung machen müssen, wie schnell einseitige Hilfsaktionen Bonn in den Geruch des D-Mark-Imperialismus bringen. Eben deshalb besteht Bundeskanzler Helmut Schmidt heute um so mehr auf sorgfältig abgestimmten Maßnahmen im multilateralen Rahmen unter Einfluß der USA.

Immer wieder warfen die Engländer die „Wunderwaffe“ Nordseeöl ins Feld. Schon 1979, so meinten sie, werde die Förderung den britischen Eigenbedarf decken und das chronische Loch in der Zahlungsbilanz stopfen. „Doch wird uns das Nordseeöl auch helfen, das chronische Produktionsdefizit in der Autoindustrie zu beseitigen?“ fragte skeptisch ein englischer Wirtschaftspräsident, der die Universität mit Callaghans Cabinet Office vertauscht hat. „Ihr habt die Gürtel zwar schon enger geschnallt“, bescheinigte ein alter Freund aus dem Auswärtigen Amt den englischen

Teilnehmern, „aber noch habt ihr nicht die Ärmel hochgekrempt.“

Das wichtigste Ergebnis der Tagung lag in dem geschärften Bewußtsein, daß alle Industrienationen — ob arm oder reich — letztlich doch im selben Boot sitzen. Die Zahlungsbilanzüberschüsse des einen sind die Defizite des anderen, und beide können nicht ewig währen. Wie aber kann man einem befreundeten Land helfen, sich selbst zu helfen?

In Schwabenwerder wurde das Diktat der Starken ebenso verworfen wie die bedingungslose Barmherzigkeit. Wie soll es die Labour-Regierung schaffen, mit einem großangelegten Investitionsprogramm die Wachstumsrate zu beschleunigen, wenn die internationalen Geldgeber zugleich einen so hohen Zinssatz im Inland fordern, daß der Geldabfluß gebremst und die Zahlungsbilanz ins Lot gebracht wird. Beides auf einmal ist nicht möglich. In Berlin waren sich Engländer und Deutsche, Amerikaner und Franzosen darin einig, daß Großbritannien für eine Weile gegen den immer schärfer wehenden Wind der Weltwirtschaft geschützt werden müsse. Denn Englands Probleme von heute sind vielleicht schon Frankreichs Probleme von morgen und die der Deutschen von übermorgen.